

# Flucht und Vertreibung in der individuellen, politischen und kulturellen Erinnerung

Bernd Faulenbach

Flucht und Vertreibung der Menschen aus den traditionellen Siedlungsgebieten der Deutschen jenseits von Oder und Neiße sowie in Südosteuropa am Ende des Zweiten Weltkrieges und den Jahren danach war von großer, freilich sich verändernder Bedeutung für die betroffenen Menschen, als einzelne, als Familien, als Gruppen, in der individuellen, der kommunikativen Erinnerung und in sich herausbildenden Erinnerungskulturen, wobei sich die Frage stellt, inwieweit diese Erinnerungen über die betroffenen Menschen hinaus für die Gesellschaft insgesamt, wenn man so will für die Nation und über diese hinaus Relevanz erhalten hat. Damit aber wurden Flucht und Vertreibung auch zum Gegenstand der Geschichtspolitik.

Es geht hier also um die Entwicklung von individueller und kollektiver, von kommunikativer und kultureller Erinnerung und ihr Verhältnis zur Politik, Fragen, die nur im historischen Prozess erfasst werden können.<sup>1</sup>

Erinnerung wird dabei als Vorgang begriffen, durch den vergangenes Geschehen in die jeweilige Gegenwart geholt, d.h. vergegenwärtigt wird, ein Vorgang, bei dem Vergangenheit und Gegenwart in Beziehung gesetzt werden, wodurch eben das Vergegenwärtigte nicht nur von der Vergangenheit, sondern auch von der Gegenwart mitgeprägt wird. (Rüsen 1994, 216) Dies aber bedeutet, dass Erinnerungen nicht nur nicht stets in gleicher Weise präsent, sondern auch dem Wandel unterworfen sind ähnlich wie die Kontexte, in denen sie zum Ausdruck gebracht werden.

Bedeutsam ist auch, dass die Erinnerungen, die zunächst mündlich geäußert, in der Kommunikation bearbeitet, dann aber eben auch fixiert, durch Medien verbreitet, zusammen mit Sachzeugnissen gesammelt, reproduziert und gleichsam zu einer Erinnerungskultur entwickelt werden. Dies lässt sich am Beispiel von Flucht und Vertreibung vielfältig zeigen, was hier jedoch nur skizzenhaft geschehen kann.

Im Hinblick auf die Vertriebenen ist bedeutsam, dass Erinnerungen mit sozialen Verhältnissen verbunden sind und ein wesentlicher Faktor für Gruppenbildungen, Vergemeinschaftungen sind. (Halbwachs 1999, 34 ff.) Sowohl die Erinnerung an die Vertreibung als auch die Erinnerung an die verlorene Heimat verbindet die Betroffenen, strukturiert jedoch auch die große Gruppe der Vertriebenen in zahlreiche Kleingruppen, mit landsmannschaftlichen, regionalen, lokalen und ähnlichen Bezügen, wobei von erheblicher Bedeutung die Generationenzugehörigkeit ist, insbesondere zur Erlebnisgeneration auf der einen Seite und den nachgeborenen Generationen auf der anderen Seite.

---

<sup>1</sup> Der Beitrag stützt sich auf frühere Beiträge des Verfassers zum gleichen Thema (etwa in *Aus Politik und Zeitgeschichte* 2002), modifiziert ihre Ergebnisse jedoch unter der angegebenen Fragestellung

Erinnerungen einer großen Zahl von Menschen sind nicht nur ein soziales Phänomen, sondern tendieren dazu, zum Politikum zu werden, insbesondere im Kontext eines dafür förderlichen Zeitklimas. Wie die Erinnerungen mit Wertvorstellungen und daraus resultierenden politischen Zielen verbunden sind, so können die Erinnerungen auch zum Gegenstand von Politik werden, die Erinnerungen in der Öffentlichkeit Raum geben, ihnen Resonanz verleihen und sie auch ein Stück weit gestalten. Dies gilt nicht nur für die nationale, sondern auch für die zwischenstaatliche Ebene. Für derartiges politisches Handeln werden seit einigen Jahren die Begriffe „Geschichtspolitik“ und „Erinnerungspolitik“ verwandt. (Reichel 1995; Wolfrum 1999, 13 ff., 25 ff.)

Diese Vorüberlegungen mögen deutlich machen, dass die Bearbeitung, Verarbeitung und Repräsentation von Erinnerungen einen komplexen Prozess bilden, der hier im Hinblick auf die Flucht und Vertreibung der Deutschen am Ende des Zweiten Weltkrieges und in der frühen Nachkriegszeit nur in groben Stücken skizziert werden kann. (Faulenbach 2002)

### **I. Zur Ausgangskonstellation**

Wer sich mit den Erinnerungen an Flucht und Vertreibung beschäftigt, muss Flucht und Vertreibung selbst in den Blick nehmen, die sich – ungeachtet des gemeinsamen Schicksals, die Heimat durch Flucht und Vertreibung verloren zu haben – für den einzelnen, die Familien und Gruppen sehr unterschiedlich ausgewirkt haben. Die Erlebnisse und Erfahrungen waren nach dem Zeitpunkt von Flucht oder Vertreibung, nach den lokalen und regionalen Gegebenheiten, auch durch die Verwicklung in das Kriegsgeschehen (bei Flucht vor Ende des Krieges) im Einzelnen sehr unterschiedlich. (Lehmann 1993, 20 ff.) In zahllosen Fällen waren Flucht und Vertreibung nicht nur mit dem Verlust der Heimat, sondern auch der Habe, nicht zuletzt mit der Gefährdung des eigenen Lebens verbunden; zwischen 1,5 und 2 Millionen Menschen kamen dabei um – Flucht und Vertreibung gruben sich in die Erinnerung, bei aller Unterschiedlichkeit als eine unvergleichliche existentielle Erfahrung ein, die bei zahlreichen Menschen Traumatisierungen hinterließ, die lebenslang nachwirken konnten.

Waren die Erlebnisse und Erfahrungen bei Flucht und Vertreibung unterschiedlich, so gilt dies auch für die – häufig durch Zufall bestimmte – Ankunft in der Sowjetischen Besatzungszone oder in den Westzonen. Auf jeden Fall waren die Menschen nach ihrer Ankunft mit der Bewältigung elementarster Alltagssorgen, von der Unterkunft über die Ernährung bis zur Suche nach Arbeit usw. beschäftigt. Auch die Suche nach verschollenen Familienmitgliedern, Verwandten usw. nahm die Menschen in Anspruch.

Die Vergewärtigung des kurz vorher Erlebten spielte in der frühen Nachkriegszeit eine Rolle, als man das Erlebte den Familienmitgliedern, Verwandten, Nachbarn, doch auch Freunden vielfach erzählte oder sich mit Schicksalsgenossen austauschte. Unmittelbare kommunikative Erinnerung dominierte, doch schrieben einige das Erlebte und Erlittene auch schon auf.

Im politischen und publizistischen Raum fanden die Vertriebenen als eine Problemgruppe teils negative, teils positive Beachtung, was die Erinnerung im öffentlichen Raum beeinflussen konnte. Die Alliierten verfügten zunächst 1946 ein Koalitionsverbot der Vertriebenen, sie fürchteten eine Destabilisierung der Verhältnisse

durch eine mächtige Vertriebenenorganisation. Dieses Verbot wurde jedoch rasch gelockert und 1948 in den Westzonen aufgehoben. So bildete sich rasch ein Zentralverband der vertriebenen Deutschen, der die wirtschafts- und sozialpolitischen Interessen der Vertriebenen wahrzunehmen suchte, doch auch Landsmannschaften, denen es um die kulturelle und heimatpolitische Vertretung von Vertriebenen ging und die bald um die Wahrung des kulturellen Erbes bemüht waren. 1951 fusionierten beide Organisationen. (Weiss 1985, de Zayas 1992) Die Interessen der Vertriebenen versuchten allerdings auch die großen Parteien, CDU und SPD, aufzugreifen; gegen ihren Widerstand bildete sich – nach Aufhebung des Lizenzierungszwanges – der Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) heraus, der bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein 1950 23,4 % der Stimmen und bei der Bundestagswahl 1953 5,7 % der Stimmen erreichte.<sup>2</sup>

Die Vertriebenen schienen sich Anfang der 1950er Jahre als Gruppe formiert zu haben, vornehmlich als Verband mit sozialen und wirtschaftlichen Interessen, auch mit politischen Zielen (der Rückkehr in die verlorenen Gebiete), doch auch bereits als Koalition von Erinnerungsgemeinschaften – eine Dimension, die bald an Gewicht gewann. Leute aus einer bestimmten Region oder aus einem konkreten Ort begannen sich mehr oder weniger regelmäßig zu treffen, eine Presse und Jugendgruppen entstanden.

## II. Die Herausbildung von kommunikativer Erinnerung und Erinnerungskultur

Für die Vertriebenen von Bedeutung war, dass sie politisch durchaus umworben wurden. Die großen Parteien waren nicht nur um eine Integration bemüht, u.a. durch die anfangs umkämpfte Lastenausgleichsgesetzgebung (Schillinger 1985, Abelshauser 1987), sie unterstützten auch die politischen Ziele der Heimatvertriebenen, die ihrerseits schon 1950 in einer Charta auf Rache und Vergeltung verzichtet hatten. Es gab in der Bundesrepublik einen breiten Konsens in der Verurteilung der Vertreibung als Unrecht und in der Forderung nach Wiederherstellung Deutschlands in den Grenzen von 1937, was auch die Unterstützung der Rückkehr in die Ostgebiete einschloss. Die Vertriebenen erfuhren im politisch-öffentlichen Bereich Anerkennung; sie waren damit mit ihren Erinnerungen als Gruppe nicht isoliert trotz unübersehbarer Integrationsprobleme. Dabei hatte die Politik eine doppelte Stoßrichtung: Einerseits bemühte sie sich um nachhaltige Integration der Vertriebenen, andererseits unterstützte sie die politischen Ziele der Vertriebenen, die sich allerdings bald nur noch auf den Rechtsstandpunkt bezog. Selbst Willy Brandt unterschrieb in dieser Zeit noch eine Erklärung, die in dem Satz gipfelte: Verzicht wäre Verrat.

Der Wille zur Integration wurde vom SED-Regime geteilt, das freilich die Heimatvertriebenen zunächst euphemistisch als „Übersiedler“ bezeichnete, dann schon in den frühen 1950er Jahren als Gruppe wegdefinierte und Flucht und Vertreibung als Themen tabuisierte; Erinnerungen wurden hier entpolitisiert, auf den familiären Zusammenhang begrenzt. Was die politischen Ziele angeht, so ging das SED-Regime früh auf Konfrontationskurs: Schon im Vertrag von Görlitz erkannte die DDR, in der ein wesentlich höherer Prozentsatz von Vertriebenen lebte als in der Bundesrepublik, die Oder-Neiße-Grenze an. Die DDR-Führung attackierte ebenso wie die Regierung

---

2 Zum Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) vgl. Neumann 1968.

gen der Sowjetunion und der Volksrepublik Polen die Vertriebenenverbände im Westen als Träger des Revanchismus.<sup>3</sup>

Die vielfach furchtbaren Erfahrungen bei der Flucht und Vertreibung fanden in Westdeutschland durchaus Beachtung in Öffentlichkeit, Publizistik und Literatur, es begann sich seit den 1950er Jahren schon eine Erinnerungskultur herauszubilden. Agnes Miegels Gedicht „Wagen an Wagen“, das die Flucht zum Gegenstand hat, fand Eingang in zahlreiche Schulbücher. Erinnerungen über das Geschehen wurden vielfältig dokumentiert. Nicht zuletzt begann gleich nach Gründung der Bundesrepublik die systematische Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus dem Osten durch ein wissenschaftliches Großprojekt im Auftrag des Vertriebenenministeriums. (Beer 1998 u. 1999) Ca. 10.000 Augenzeugenberichte kamen zusammen. Sie liegen heute im Bundesarchiv. Nur ein Bruchteil davon wurde in fünf umfangreichen Bänden publiziert. (Bundesministerium für Flüchtlinge, Vertriebene und Kriegsgeschädigte 1953-1962) Für die Betroffenen war das Niederschreiben ein Vorgang, durch den sie das Geschehen festhalten wollten, für sich, die Öffentlichkeit, die Nachwelt. Die Politik sah die Sammlung als Material, auf das sich bei zu erwartende Friedensverhandlungen zurückgreifen ließ. Doch zu derartigen Friedensvertragsverhandlungen ist es nie gekommen.

Erwähnt werden sollte auch, dass sich hier bereits der – vielfach auftretende – Gegensatz zwischen Zeitzeugen und ihren Erinnerungen und Historikern zeigte: Es kam im Rahmen des Projektes zwischen den Vertriebenen und Vertriebenenfunktionären auf der einen Seite und Historikern und Archivaren auf der anderen Seite zu Spannungen und Auseinandersetzungen. „Eine reine Erlebnishistorie“ – schrieb Theodor Schieder, einer der Hauptherausgeber in einem methodologischen Aufsatz – wäre „keine wissenschaftliche Historie mehr“. (Schieder 1960)<sup>4</sup> Die Historiker und Archivare analysierten nüchtern, sorgfältig, fast distanziert und waren um eine behutsame Einordnung bemüht, die Betroffenen sahen voller Emotionen, teilweise auch mit Zorn und Vergeltungsdrang auf das Geschehen zurück. Der Umgang mit den Erinnerungen war damit gesellschaftlich nicht spannungsfrei.

Aufs Ganze gesehen jedoch kann keine Rede davon sein, dass die Geschehnisse um Flucht und Vertreibung der Deutschen – neben der Literatur sei auch an Filme wie „Nacht fiel über Gotenhafen“ erinnert – in der Bundesrepublik verdrängt worden sind. Auch standen die Vertriebenen politisch keineswegs am Rande der Politik. Mit dem Kern ihrer Ziele identifizierte sich – zumindest deklamatorisch – die Bonner Politik. Zugleich entwickelte sich – wie gesagt – ein vielfältiges Verbands- und Kommunikationssystem der Vertriebenen, mit regelmäßigen Treffen auf landsmannschaftlicher oder auch lokaler Basis und mit öffentlich geförderten Kultureinrichtungen.

Der insgesamt erfolgreiche Integrationsprozess der Heimatvertriebenen war komplizierter als manchmal angenommen. Insbesondere im ländlichen und kleinstädtischen Bereich, anfangs auch in den Städten, in denen Wohnraum mehr als knapp war, gab es erhebliche Spannungen zwischen Einheimischen und Heimatvertriebenen, die nicht selten ausgegrenzt waren oder sich selbst ausgrenzten, was die Erinnerung an die Heimat verstärkte und ein spezifisches Identitätsbewusstsein der Heimatvertriebenen

---

3 Siehe zum Umgang mit der Vertriebenenfrage in der DDR Schwartz 1997 und 2003.

4 Siehe ebd. auch die Vorbemerkung von Hans Rothfels. Zur Methode des Projektes siehe auch Broszat 1954.

stärkte. Besonders ältere Heimatvertriebene hatten Mühe, noch einmal neu anzufangen, nicht wenige scheiterten daran und starben. Unter den Heimatvertriebenen aber bildeten sich Generationenunterschiede und -gegensätze im Hinblick auf die alte und die neue Heimat heraus. Vor allem Jüngere begriffen sich schon in den 1960er Jahren nicht mehr oder nur sekundär als Vertriebene, verdrängten gleichsam ihre Vertriebenen-Identität zum Kummer der Älteren, ein Prozess, der sich Ende der 1960er Jahre „radikalisierte“.

### **III. Die Erinnerungskultur und der allmähliche Verlust gesellschaftlicher Anerkennung**

In den 1960er und 1970er Jahren veränderte sich die Beurteilung der Vertriebenen in Politik und Gesellschaft der Bundesrepublik, sie begannen ihre Anerkennung einzubüßen. Auf der einen Seite galt die Integration als gelungen – als eine der großen Leistungen der neuen deutschen Demokratie wurde sie zum 25-jährigen Jubiläum der Bundesrepublik gewürdigt.<sup>5</sup> Auf der anderen Seite schienen die noch immer erhobenen Forderungen nach der Wiederherstellung Deutschlands in den Grenzen von 1937 ebenso illusionär wie die Vorstellung einer Rückkehr in die alte Heimat. Das Recht darauf, das seit den 1950er Jahren proklamiert worden war, ließ sich nicht ohne weiteres den jetzt in den früheren deutschen Siedlungsräumen Lebenden, insbesondere den hier Geborenen, absprechen. Die beginnende Entspannungspolitik entwickelte sich auf der Basis der durch den Zweiten Weltkrieg herausgebildeten Grenzen und implizierte mehr oder weniger deren Anerkennung.

Die Ost-Denkschrift der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD) von 1965, die Kommunikation zwischen den polnischen und den deutschen katholischen Bischöfen und dann auch die sozialdemokratische Politik, die den kirchlichen Versöhnungsinitiativen folgte, bereiteten seit Mitte der 1960er Jahre verstärkt eine Aussöhnung mit Polen und den anderen osteuropäischen Ländern vor. (Faulenbach 2006) Die „neue Ostpolitik“, die Willy Brandt mit der sozial-liberalen Politik seit 1969 verfolgte und die im Moskauer und Warschauer Vertrag (beide 1970) sowie im Grundlagenvertrag (1972) und im durch die Viermächte 1971 abgeschlossenen Berlin-Abkommen ihren Niederschlag fand, erkannte – obgleich es sich formal um Gewaltverzichtsabkommen handelte – die nach dem Zweiten Weltkrieg entstandenen Grenzen an, freilich in der Absicht, sie gleichzeitig durchlässig zu machen.<sup>6</sup> Diese „neue Ostpolitik“ wurde von den Vertriebenenverbänden erbittert bekämpft, obgleich es unter Vertriebenen nicht wenige vehemente Anhänger dieser Politik gab, genannt seien Günter Grass, Siegfried Lenz, Marion Gräfin Dönhoff, Christian Graf Krockow, u.a. Für die Vertriebenenverbände aber hatte dieser Kampf die Folge, dass sie eher an den Rand des politischen Spektrums rückten. Sie gerieten in den Ruf, sich der Politik des Ausgleichs und der Versöhnung mit dem Osten zu widersetzen. Und auch im Westen wurden jetzt Flucht und Vertreibung zu Erfahrungen und Erinnerungen der Betroffenen, die sogar durch die nach den Ostverträgen möglichen Reisen nach Polen und in andere osteuropäische Länder sich wieder intensivierten – man sprach bald von „Heimwehtourismus“.

<sup>5</sup> Vgl. die Bilanzen, die anlässlich des 25-jährigen Bestehens der Bundesrepublik gezogen wurden, z.B. Löwenthal/ Schwarz 1975.

<sup>6</sup> Zur Ostpolitik siehe Bender 1995, 163 ff.

Es kam noch ein anderer Zusammenhang hinzu, der Flucht und Vertreibung zunehmend im öffentlichen Bewusstsein verblasen ließ. Mit dem Generationenwechsel und der Veränderung des Zeitklimas begann sich das Geschichtsbewusstsein zu verändern. Hatten im Vordergrund der Erinnerungen an das Dritte Reich während der 1950er Jahre die Leiden der Deutschen unter NS-Diktatur, Kriegs- und Nachkriegsgeschehen gestanden, die die Deutschen vielfach als Opfer erscheinen ließen, so begann sich in den 1960er Jahren die westdeutsche Öffentlichkeit verstärkt den NS-Verbrechen, die schon in der frühen Nachkriegszeit eine Rolle gespielt hatten, zuzuwenden. Der Auschwitzprozess und die anderen großen NS-Prozesse in den 1960er und 1970er Jahren machten die Ungeheuerlichkeit der NS-Verbrechen, insbesondere des Holocaust, breiten Schichten verstärkt bewusst. Die NS-Verbrechen begannen in das Zentrum der Betrachtung der jüngsten Vergangenheit zu rücken und wurden zu einem, der die deutsche wissenschaftliche und publizistische Diskussion, teilweise auch die Kultur (mit-)beherrschenden Thema. (Faulenbach 1987, Reichel 2001, Steinbach 1981) Die Einsicht war unabweisbar: Die Deutschen waren nicht nur Opfer, sondern auch Täter. – Parallel dazu traten die Leiden der deutschen Bevölkerung, auch die der Vertriebenen im öffentlichen Bewusstsein in den Hintergrund.

Die Erinnerung an die NS-Zeit und an Flucht und Vertreibung standen in einem merkwürdigen Parallelismus und teilweise auch Austauschverhältnis, das etwa darin zum Ausdruck kam, dass auf den Geländen von Konzentrationslagern in Flossenbürg und Langenhagen an der Wewelsburg Häuser für Vertriebene errichtet wurden – auch die Nutzung von Lagereinrichtungen vor und nach 1945 mag man in diesem Kontext nennen. Und als die erste Gedenkhalle 1960 in Oberhausen errichtet wurde, lag der Schwerpunkt auf NS-Terror und Krieg, doch wurde auch ein Raum für Thematisierung von Flucht und Vertreibung eingerichtet. Etwas Ähnliches gab es auf der Wewelsburg.

Allerdings ging auch in den 1970er Jahren die Kulturarbeit der Vertriebenen weiter. Patenschaften von Städten im Westen für Heimatvertriebene aus bestimmten Orten waren vereinbart, Museen und Heimatstuben vielerorts aufgebaut worden – dies alles durchaus gefördert mit öffentlichen Mitteln, auch Mitteln des Bundes. In dieser Hinsicht stellte 1969 die Abschaffung des Vertriebenenministeriums, dessen Aufgaben nun vom Innenministerium übernommen wurden, keine Zäsur dar. Doch wurden die Erlebnisse von Flucht und Vertreibung, auch des Verlustes der Heimat, nicht nur mehr und mehr zu Erinnerungen nur noch der Betroffenen und ihrer Familien, sondern deren Bedeutung differenzierte und polarisierte sich auch politisch und generationenbezogen. Weiter wurden Bücher über Flucht, Vertreibung und Heimat publiziert, wobei nur ein Teil von der Absicht geleitet war, mit Vertreibungsberichten gegen die Verständigung mit den osteuropäischen Ländern zu emotionalisieren, ein anderer Teil hatte eher einen elegischen Ton und enthielt eine versöhnende Tendenz. (Auerbach 1985, 49 ff.) Doch aufs Ganze gesehen fand dieses Geschehen nur noch relativ wenig Resonanz über die Erlebnisgeneration der Heimatvertriebenen hinaus. Für viele historisch Interessierte handelte es sich um eine gewiss tragische, doch mehr oder weniger abgeschlossene Geschichte. Angesichts der lange vorherrschenden Verknüpfung der Erinnerungen mit politischen Forderungen, die mehr und mehr als unzeitgemäß und der deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert auch als unangemessen betrachtet wurden, wurden Flucht und Vertreibung sowie der Verlust der Ostgebiete zu Anathemata in beträchtlichen Teilen der meinungsführenden Öffentlichkeit wie der

Zeithistorie.<sup>7</sup> Alfred Heuß gehörte mit seinem Buch „Versagen und Verhängnis. Vom Ruin deutscher Geschichte und ihres Verständnisses“ zu denen, die dies zu durchbrechen versuchten, dabei jedoch in der Öffentlichkeit als irritierend begriffen wurden. Die Menschen aber blieben mit ihren Erlebnissen allein oder auf ihre sich allmählich ausdünnenden Milieus beschränkt.

#### IV. Erinnerungen und Erinnerungskultur der Vertriebenen vor und nach 1989

Auch nach dem Regierungswechsel 1982 erfolgte kein Wechsel der Deutschlandpolitik. Helmut Kohl setzte die „neue Ostpolitik“ Willy Brandts und Helmut Schmidts – bei nur unwesentlich veränderter Semantik – fort. Zwar nahm Helmut Kohl 1985 an dem Schlesiertreffen teil, das ursprünglich unter dem dann noch modifizierten Motto stand „Vierzig Jahre Vertreibung – Schlesien bleibt unser“.<sup>8</sup> Auch würdigte Bundespräsident Richard von Weizsäcker die Vertriebenen und ihre Opfer in seiner großen Rede zum 8. Mai 1985 keineswegs nur am Rande. (Weizsäcker 1985) Doch hatte sich eine Politik, die auf die Wiedergewinnung der Ostgebiete zielte, für alle politischen Parteien längst überholt. Dies wurde 1990 deutlich, als Kohl in der Frage der völkerrechtlichen endgültigen Anerkennung der Ostgebiete zwar im Rahmen der 2+4-Verhandlungen – aus taktischen Gründen – zögerte, was zeitweilig zu einer erheblichen Belastung der deutsch-französischen Beziehungen führte. Doch gab es auch für ihn keine Möglichkeit mehr, der endgültigen Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze auszuweichen.

Allerdings waren damit die Erinnerungen an Flucht und Vertreibung, auch an die frühere Heimat nicht ausgelöscht. Seit den 1970er, verstärkt seit den 1980er Jahren entwickelte sich – nach Abschluss der Ostverträge – ein Tourismus in die früheren Ostgebiete, der die alte Heimat der Erlebnisgeneration einerseits näher brachte, andererseits aber in Distanz rückte. Verstärkt reisten dann, besonders seit den 1990er Jahren, auch nachgeborene Generationen in den Osten, teilweise lebensgeschichtlich motiviert, nach der Geschichte der Familie fragend. Durch innerfamiliäre Erzähltraditionen hatten und haben die nachfolgenden Generationen Teil an der Erinnerung an Flucht und Vertreibung, vor allem auch an die Heimat. Es entstand auch eine Literatur, die trotz der Erinnerung an die Heimat und an das Geschehen am Ende des Krieges und in der Nachkriegszeit oder besser auf der Basis dieser Erinnerung an die Heimat und ihre Menschen die Aussöhnung mit Polen, gerade auch mit den hier seit der Nachkriegszeit siedelnden Menschen, suchte. (z.B. Krockow 1985) Dieser Trend, der wohl auch durch das zunehmende Aussterben der Erlebnisgeneration(en) bzw. das Hervortreten einer neuen Generation aus Familien mit Vertriebenenhintergrund erleichtert wurde, verstärkte sich nach der Wiedervereinigung 1989/90. Es zeichnete sich nicht nur in der früheren DDR, in der das Thema – sieht man von der Literatur ab (Schwartz 2003) – tabuisiert worden war, sondern auch in der alten Bundesrepublik schrittweise ein neuer Umgang mit dem Thema ab.

Bemerkenswerterweise dehnte sich während der 1990er Jahre das Interesse wieder über die Vertriebenen und Vertriebenenfamilien hinaus aus. Symptomatisch für den

<sup>7</sup> Von einer generellen Tabuisierung zu sprechen, ginge allerdings zu weit. Vgl. Faulenbach 2002, 49 ff.

<sup>8</sup> Nach einigem Hin und Her – vor allem einer Intervention Kohls – wurde das Motto des Treffens noch abgemildert in: „40 Jahre Vertreibung – Schlesien bleibt unsere Zukunft im Europa freier Völker“. Siehe dazu Korte 1998, 250-253.

neuen Umgang mit dem Thema war nicht nur, dass Museen für die verschiedenen Landsmannschaften ausgebaut wurden, was man als Kompensation für den nun absolut definitiven Verlust sehen mag, sondern auch, dass die Patenschaften zwischen deutschen und polnischen Städten nun häufig die Heimatvertriebenen einschlossen, teilweise sogar von diesen ausgingen. Es entwickelten sich auf zivilgesellschaftlicher Ebene nicht wenige grenzüberschreitende Initiativen. Als Auslöser für das neue Interesse an dieser Zeit spielten sicherlich auch die medial vermittelten Bilder von Flüchtlingen im früheren Jugoslawien eine Rolle. Hinzu kam, dass mit der in Deutschland nicht mehr umstrittenen Anerkennung der Ostgrenze und der Bereitschaft zur Aussöhnung mit den östlichen Nachbarn die politische Motivation, das Thema Flucht und Vertreibung zu meiden, entfiel. Zugleich wuchs die Einsicht, dass man an der Leiderfahrung von Millionen Menschen in der kollektiven Erinnerung nicht vorbeigehen könne. (Steinbach 1987, 3)

So wurde das Thema Flucht und Vertreibung gleich von verschiedenen Seiten, vor allem durch die Medien, durch Spiegel, die Fernsehanstalten seit Ende der 1990er Jahre neu entdeckt. Günter Grass widmete dem Thema die bedeutende Novelle „Im Krebsgang“. In der Literatur war der Osten mit seiner Kultur ohnehin nie ganz verschwunden. Die breite Wiederentdeckung des Themas erfolgte in einer Zeit, in der die Erlebnisgeneration bereits stark dezimiert war, so dass es sich um ein Wiederaufgreifen eines Stückes Vergangenheit bei den nachfolgenden Generationen und im kulturellen Gedächtnis handelt.

Dass Flucht und Vertreibung gleichwohl nach wie vor ein schwieriges Thema sind, zeigten die Reaktionen in der deutschen und vor allem in der polnischen Öffentlichkeit auf den Plan des Bundes der Vertriebenen, ein Zentrum gegen Vertreibungen zu gründen.<sup>9</sup> Dabei spielten eine ganze Reihe von Fragen mit, die zu Irritationen führten, so das Verhältnis von NS-Politik und Nachkriegsgeschehen. In der Tat können die NS-Verbrechen, die der Vertreibung vorhergingen, nicht verschwiegen werden. Außerdem ließ sich die Trägerschaft des Zentrums schwerlich auf die Stiftungen der Vertriebenen beschränken. Die Große Koalition verständigte sich im Herbst 2005 auf ein „sichtbares Zeichen“ der Erinnerung an Flucht und Vertreibung, das sich nun in einer Dauerausstellung unter dem Dach des Deutschen Historischen Museums im Deutschlandhaus, benachbart dem Gropiusbau, konkretisiert.

## **V. Schlussbemerkung**

Überblickt man den Gesamtprozess des Umgangs mit den Erinnerungen an Flucht und Vertreibung, so wird deutlich, dass der Erinnerungsprozess stets mehrdimensional war, Individuen wie Familien umfasste und die Vertriebenen als vielfältige Teilgruppen wie als Gesamtgruppe mit konstituierte. Dabei wurde das Erinnern teils durch politische Entwicklungen gefördert, teils gehemmt oder an den Rand gedrängt, doch war es keineswegs ausschließlich eine Funktion der Politik. Die Erinnerung an Flucht und Vertreibung, auch an die Geschichte und Kultur jenseits von Oder und Neiße reicht offensichtlich über die Erlebnisgeneration hinaus und ist in der Gegenwart wieder stärker Teil des wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Gedächtnisses und auch der Geschichtspolitik geworden.

---

<sup>9</sup> Vgl. den Beschluss des Sejm der Republik Polen vom 27.11.2003 über die „Gründung eines Zentrums des Gedenkens der Völker unter den Auspizien des Europarates“ (Kolakowski 2003).



Die Gegenwart scheint dadurch gekennzeichnet, dass kommunikative Erinnerung in Familien und Kleingruppen weiter existiert und dadurch die kulturelle Erinnerung abstützt. Was das aktive „bewohnte“ kollektive Gedächtnis angeht, so spielen Flucht und Vertreibung in diesem inzwischen wieder eine – allerdings nicht zentrale – Rolle. Auf unabsehbare Zeit wird der Holocaust die herausragende Rolle behalten, doch werden daneben in diesem Gedächtnis auch deutsche Leiderfahrungen im Dritten Reich, im Krieg und in der Nachkriegszeit, auch die Erfahrungen mit der stalinistischen Diktatur „aufgehoben“ sein. Neben diesen negativen Erinnerungskomplexen gibt es im Übrigen auch positive Erinnerungskomplexe, die an Bedeutung gewinnen könnten. Hervorzuheben ist schließlich auch, dass hermetisch abgeschlossene nationale Erinnerungskulturen nicht mehr zeitgemäß sind, was sich auf die Formen und die Inhalte des öffentlichen Erinnerns auswirken wird. Dennoch sind wir von einer europäischen Erinnerungskultur, die sich ohnehin nur vielgestaltig denken lässt, noch weit entfernt.

#### LITERATUR

- Abelshausen, Werner (1987): Der Lastenausgleich und die Eingliederung der Flüchtlinge und Vertriebenen. In: Ders.: Die langen fünfziger Jahre. Wirtschaft und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland 1949-1966. Düsseldorf.
- Assmann, Jan (1999): Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen. München.
- Auerbach, Helmuth (1985): Literatur zum Thema. Ein kritischer Überblick. In: Wolfgang Benz (Hg.): Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Ursachen, Ereignisse, Folgen. Frankfurt, 219-231.
- Beer, Mathias (1998): Im Spannungsfeld von Politik und Zeitgeschichte. Das Großforschungsprojekt Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ostmitteleuropa. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 46, 345-389.
- Beer, Mathias (1999): Die Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ostmitteleuropa. Hintergründe – Entstehung – Ergebnis – Wirkung. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 50, 99-117.
- Bender, Peter (1995): Die „Neue Ostpolitik“ und ihre Folgen. Vom Mauerbau bis zur Vereinigung. München 3. Auflage.
- Broszat, Martin (1954): Massendokumentation als Methode zeitgeschichtlicher Forschung. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 2, 202-213.
- Bundesministerium für Flüchtlinge, Vertriebene und Kriegsgeschädigte (Hg.) (1953-1962): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa, in Verbindung mit Werner Conze [ab Bd. III], Adolf Diestelkamp, Rudolf Laun, Peter Rassow und Hans Rothfels, bearbeitet von Theodor Schieder. 5 Bde. u. 3 Beihefte. Bonn.
- de Zayas, Alfred Maurice (1992): Vertriebene. In: Werner Weidenfeld und Karl-Rudolf Korte (Hg.): Handwörterbuch der deutschen Einheit. Frankfurt/M., 732-741.
- Faulenbach, Bernd (1997): NS-Interpretationen und Zeitklima. Zum Wandel in der Aufarbeitung der jüngsten Vergangenheit. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 22, 19-30.
- Faulenbach, Bernd (2002): Die Vertreibung der Deutschen aus den Gebieten jenseits von Oder und Neiße. Zur wissenschaftlichen und öffentlichen Diskussion in Deutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 51-52, 44-54.
- Faulenbach, Bernd (2006): Der Einfluss der kirchlichen Versöhnungsinitiativen auf Gesellschaft und Politik in Deutschland. In: Friedhelm Boll (Hg.): „Wir gewähren Vergebung und bitten um Vergebung“. 40 Jahre deutsch-polnische Verständigung. Bonn, 33-53.
- Grass, Günter (2002): Im Krebsgang. Eine Novelle. Göttingen.
- Halbwachs, Maurice (1999): Das Gedächtnis und seine sozialen Bedingungen. Köln.

- Heuß, Alfred (1983): *Versagen und Verhängnis. Vom Ruin deutscher Geschichte und ihres Verständnisses*. Berlin.
- Kolakowski, Leszek (2003): *Denkmal. Noch einmal: Über das Schlimmste*. In: *Die Zeit* 2003, Nr. 39.
- Korte, Karl-Rudolf (1998): *Deutschlandpolitik in Helmut Kohls Kanzlerschaft. Regierungsstil und Entscheidungen 1982-1989*. Stuttgart.
- Krockow, Christian Graf (1985): *Die Reise nach Pommern*. München.
- Lehmann, Albrecht (1993): *Im Fremden ungewollt zuhaus. Flüchtlinge und Vertriebene in Westdeutschland 1945-1990*. München 2. Auflage.
- Löwenthal, Richard und Hans-Peter Schwarz (Hg.) (1975): *Die zweite Republik. 25 Jahre Bundesrepublik Deutschland – eine Bilanz*. Stuttgart.
- Neumann, Franz (1968): *Der Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten 1950-1960*. Meisenheim.
- Reichel, Peter (1995): *Politik mit der Erinnerung. Gedächtnisorte im Streit um die nationalsozialistische Vergangenheit*. München/Wien.
- Reichel, Peter (2001): *Vergangenheitsbewältigung in Deutschland. Die Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur von 1945 bis heute*. München.
- Rüsen, Jörn (1994): *Historische Orientierung. Über die Arbeit des Geschichtsbewusstseins, sich in der Zeit zurechtzufinden*. Köln.
- Schieder, Theodor (1960): *Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten als wissenschaftliches Problem*. In: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte* 8, 1-16.
- Schillinger, Reinhold (1985): *Der Lastenausgleich*. In: Benz (Hg.): *Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten*. Frankfurt a.M., 183-192.
- Schwartz, Michael (1997): *Vertreibung und Vertreibungspolitik. Ein Versuch über geteilte deutsche Nachkriegsidentitäten*. In: *Deutschland Archiv* 30, 177-185.
- Schwartz, Michael (2003): *Tabu und Erinnerung. Zur Vertriebenen-Problematik in Politik und literarischer Öffentlichkeit der DDR*. In: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 51, 85-101.
- Steinbach, Peter (1981): *Nationalsozialistische Gewaltverbrechen. Die Diskussion in der deutschen Öffentlichkeit nach 1945*. Berlin.
- Steinbach, Peter (1987): *Die Vergegenwärtigung von Vergangenem. Zum Spannungsverhältnis zwischen individueller Erinnerung und öffentlichem Gedenken*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 3-4 3-13.
- Weiss, Hermann (1985): *Die Organisationen der Vertriebenen und ihre Presse*. In: Wolfgang Benz (Hg.): *Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Ursachen, Ereignisse, Folgen*. Frankfurt, 193-208.
- Weizsäcker, Richard von (1985): *Zum 40. Jahrestag der Beendigung des Krieges in Europa und der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Ansprache am 8. Mai 1985 im Plenarsaal des Deutschen Bundestages*. Hg. von der Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn.
- Wolfrum, Edgar (1999): *Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948-1990*. Darmstadt.